

Bund Naturschutz in Bayern e.V. Kreisgruppe Schweinfurt



BN, Fischerrain 63, 97421 Schweinfurt

Herrn
Bundestagsabgeordneten
Markus Hümpfer
Platz der Republik
11011 Berlin

Vorstand:
Edo Günther
Tel. 09721/61187
Erich Rößner
Tel. 09382/90818

Offener Brief der Bund Naturschutz Kreisgruppe Schweinfurt zur
Pressemitteilung vom 05.09.2022 „Dramatische Lage am Strommarkt
macht Streckbetrieb notwendig“

Sehr geehrter Herr Bundestagsabgeordneter Hümpfer,
lieber Markus,

die Pressemitteilung zum Streckbetrieb (verkürzt im Schweinfurter
Tagblatt vom 08.09.2022) haben wir mit großer Verwunderung zur
Kenntnis genommen.

Seit Monaten versuchen Union und FDP mit falschen Behauptungen
und Halbwahrheiten einen Weiterbetrieb der letzten drei Atomkraft-
werke durchzusetzen. Einziges Ziel dabei ist die politische Profilierung
und nicht, wie behauptet, günstige Energiepreise oder Versorgungs-
sicherheit. Die Beiträge der verbliebenen Atomkraftwerke – sei es im
Streckbetrieb oder als Reserve – sind in Hinblick auf die Energiepreise
und Versorgungssicherheit marginal!

Wir halten das Plädoyer für einen Streckbetrieb und somit das Zugehen
auf Union und FDP in der Frage Atomkraft für die falsche Entscheidung,
die politischen Schaden verursacht. Was bei den Leserinnen und
Lesern der Pressemitteilung hängenbleibt, sind nicht die Versäumnisse
der Bayerischen Landesregierung, sondern die Meinung „auch die
SPD“ halte Atomkraft für unverzichtbar.

Gerade von einem SPD-Energieexperten erwarten wir, dass er die
Fehler und Unwahrheiten in der Argumentation von Union und FDP
aufdeckt, diesen Fakten entgegen stellt und v.a. deren wahre Absichten
entlarvt!

Wir vermissen:

- Eine Klarstellung wer und was für die hohen Strompreise
verantwortlich ist, u.a.
 - Preisanstieg bei der Grundlast.
 - Merit-Order-Prinzip bei der Spitzenlast.
 - Krise der Atomkraft in Frankreich (in der originalen PM
aufgeführt). 32 von 56 AKW können nicht betrieben

werden (Wartung, maroder Zustand, fehlendes Kühlwasser). Vergl. u.a. Focus 24.08.22 „Macron sackt unseren Strom ein – und wir zahlen die Zeche“.

- Berechnungen des Öko-Institutes zufolge würde ein Streckbetrieb zu einer Strompreissenkung von 0,6 bis 0,8 Prozent führen.
- Eine Darstellung, ob und unter welchen Umständen es tatsächlich zu einer kritischen Versorgungssituation kommen könnte ,und wie man dieser auch ohne Atomkraft entgegen wirken kann.
- Eine Darlegung, wie gering die Gaseinsparung bei einem Streckbetrieb ist.
- Eine Gegenüberstellung der Risiken (insbesondere Risse in Neckarwestheim).
- Eine Offenlegung woher Europa sein Uran bezieht – u.a. zu einem Großteil aus Russland und Kasachstan.
- Den Hinweis darauf, dass die Haftungsfragen nicht geklärt sind.
- Das Aufzeigen der Verflechtung zwischen der Nutzung der Atomenergie mit der militärischen Nutzung für die Atomwaffen Produktion, v.a. in Staaten wie USA, GB, Frankreich, Russland.

Leider ist es Union und FDP fataler Weise gelungen, das Thema Energiesicherheit zu besetzen und dort die Meinungshoheit zu gewinnen. SPD und Grüne müssen sich dieses Kernthema wieder zurückholen. Zeigt bitte klare Kante, wie es Bundeskanzler Olaf Scholz am Donnerstag im Bundestag getan hat.

Wir bitten Dich verstärkt öffentlich darzustellen, dass Union und FDP mit dieser rückwärtsgewandten Diskussion

- die Sicherheitsfrage vernachlässigen, bzw. ausblenden,
- den Ausbau der erneuerbaren Energien weiterhin massiv behindern,
- neue Technologien und Konzepte blockieren und
- die Entwicklung und den Ausbau neuer Speichertechnologien verhindern.

Der BN fordert das Ende jeglicher Debatte um Streck- oder Reservebetrieb oder gar noch längerer Laufzeiten. Wir brauchen Zukunftstechnologien und keine veraltete Hochrisikotechnik, mit der wir weiterhin von Russland abhängig sind. Am 31.12.2022 muss mit dem Betrieb von Atomkraftwerken in Deutschland endgültig Schluss sein!

Edo Günther
1. Vorsitzender der
Kreisgruppe Schweinfurt

Richard Lindner
Geschäftsstellenleiter der
Kreisgruppe Schweinfurt